NEWSLETTER

12 2024 DEZEMBER

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

SPD

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22 77 12 60

www.nezahat-baradari.de/

https://www.facebook.com/Baradari2023/

https://www.instagram.com/nezahatbaradari/

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Ich bin wieder Eure Kandidatin für die Bundestagswahl 2025 im Wahlkreis 148!. Die Delegierten der SPD aus dem Kreis Olpe und dem südlichen Märkischen Kreis haben entschieden: Ich werde bei der Bundestagswahl 2025 für den Wahlkreis 148 Olpe/Märkischer Kreis I antreten.

In der Gemeinschaftshalle in Herscheid stellte ich mich mit meinem Mitbewerber, Thomas Kruber aus Lüdenscheid, den Delegierten vor. Nach einer intensiven Aussprache und einer geheimen Wahl stimmten schließlich 37 Delegierte für mich und Thomas Kruber erhielt 31 Stimmen.

Die Delegierten zeigten mit ihrer Wahl das große Vertrauen, das sie in mich und meine Erfahrung als Bundestagsabgeordnete setzen. Dafür danke ich ihnen ganz herzlich. Wir wollen gemeinsam und geeint in den Wahlkampf gehen.

Ich freue mich auf die kommende Aufgabe: Soziale Sicherheit, eine gute Industriepolitik und eine gerechte Gesundheitspolitik möchte ich in den Mittelpunkt stellen. Es ist mir eine Ehre, die Menschen im südlichen Märkischen Kreis und im Kreis Olpe erneut bei der Bundestagswahl und hoffentlich auch im Bundestag vertreten zu dürfen. Der Wahlkampf kann beginnen und hat begonnen. Es bleiben noch etwa 50 Tage bis zum Gang an die Wahlurne. Und es wird ein herausfordernder Wahlkampf, um eine insgesamt gute Bilanz fortzusetzen. Wenn wir geschlossen sind, ist alles möglich. Diese Chance möchte ich nutzen. Zum Auftakt findet ihr am Endes des Newsletters eine Zusammenstellung von des SPD-Parteivorstandes unter dem Titel „Mehr für dich. Besser für Deutschland“ mit wichtigen Argumentationshilfen für die Gegenüberstellung, wofür unsere SPD und die Merz-CDU stehen. Die Unterschiede sind gewaltig. Besonderes Augenmerk legen wir u. a. auf die Stärkung der Familien, gute Arbeit und auskömmliche Löhne für ein bezahlbares Leben, stabile Renten und mehr Wirtschaftswachtum, der allen zugute kommt.

Für das neue Jahr wünsche ich euch alles Gute, viel Glück, Gesundheit und Frieden.

Eine Auswahl von Terminen, ich im Dezember noch wahrgeommen habe, könnt ihr in diesem Newsletter lesen:

2000 Menschen setzten bei ihrem Protest gegen die Thyssenkrupp-Werksschließung in Kreuztal-Eichen ein starkes Zeichen. Trotz guter Auslastung und vielfältiger Produktionsbereiche soll das Werk mit 500 Arbeitsplätzen schließen, was nicht nur die Beschäftigten, sondern die gesamte Region vor Herausforderungen stellt (Seite 4).
Nah dran an den Unternehmen in meinem Wahlkreis: Gerne habe ich mich mit Romy Weil, die das Taxi-Unternehmen Rinke in Attendorn seit knapp sechs Jahren führt, über Themen ausgetauscht, die für ihr kleinständisches Unternehmen gerade wichtig sind (Seite 5).
Ein Besuch bei der Firma Berker in Ottfingen/Wenden gibt Einblicke in Innovation und Nachhaltigkeit Unser Besuch unterstrich, wie bedeutend mittelständische Unternehmen wie Berker für unsere Region sind (S. 6).
Welche Wünsche gibt es bei Schulen vor Ort an die Bundespolitik? Hierzu informierte ich mich im Gymnasium Maria Königin in Altenhundem bei Schulleitung und Vertretern des Trägervereins (S. 7).
Rund um die Rückkehr des Wolfes drehte sich alles bei der Veranstaltung in Valbert. Die Diskussion zeigte: Ganz einfache Lösungen gibt es nicht (S. 8).

INHALT

Intro 1
Zoom-Austausch zum Thema Kommunale Finanzen 3
2000 Menschen setzen ein Zeichen 4
Nah dran an den Unternehmen in meinem Wahlkreis 5
Einblicke in Innovation und Nachhaltigkeit 6
Schulen: Welche Wünsche gibt es vor Ort an die Bundespolitik? 7
Ganz einfache Lösungen gibt es nicht 8
Kinderlähmung weltweit bekämpfen 9
Rund 8,4 Millionen Euro Förderung vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr 10
Neue Wege für Impfungen und Krebstherapien 11
Einführung der Widerspruchslösung: Gesetzesentwurf wird im Bundestag diskutiert 12
Zur Situation der Automobilzulieferer 13
Mehr für dich. Besser für Deutschland 14

Ein angenehmer Austausch zwischen ärztlichen Kolleginnen: Frau Dr. Wüst, Kinderpsychiaterin aus Meinerzhagen, hat mich kontaktiert, um über Polioimpfungen zu sprechen. Mehr dazu auf S. 9.
Rund 8,4 Millionen Euro Förderung gibt es vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr für den Glasfaserausbau im Märkischen Kreis. Auch für die Unternehmen in unserer wirtschaftsstarken Region ist das eine sehr gute Nachricht (S. 10).

Kurz vor Weihnachten traf ich Vertreter der Firma BioNTech zu einem sehr informativen Gespräch, um aktuelle Herausforderungen und Zukunftsperspektiven im Bereich Impfungen und innovativer Krebstherapien zu diskutieren. Neben der Diskussion über Impfungen stand die Entwicklung neuer Krebstherapien im Fokus. BioNTech präsentierte vielversprechende Fortschritte bei der Anwendung der mRNA-Technologie zur individuellen Behandlung von Krebserkrankungen (S. 11).

Zur Einführung der Widerspruchslösung wurde ein Gesetzesentwurf im Bundestag diskutiert. Denn es gibt in Deutschland zu wenige Organspender. Und dieser Zustand ist unhaltbar (S. 12).

Bei einer Insta-Live-Veranstaltung mit Bernd Westphal, MdB, zur Situation der Automobilzulieferer, wurde klar: Der weltweite Sinkflug in der Automobilbranche wirkt sich auch auf den Kreis Olpe und den Märkischen Kreis aus. Viele unserer Hidden Champions sind Zulieferer für die Automobilindustrie. Arbeitsplätze sind bedroht (S. 13).

2025: Für das neue Jahr wünsche ich euch alles Gute, viel Glück, Gesundheit und Frieden.

Herzliche Grüße, Eure

Nezahat

PS: Übrigens ist die neue neue „Fraktion intern“ unter dem Titel „Unsere Bilanz 2021-2025“ erschienen. Es lohnt sich! (DOWNLOAD)

IMPRESSUM V. i. S. d. P.: Nezahat Baradari, Mitglied des Deutschen Bundestages; Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Tel. 030 – 227 71260, E-Mail: nezahat.baradari@bundestag.de.
Fotos, sofern nicht anders angegeben: Bundestagsbüro Nezahat Baradari MdB

ZOOM-AUSTAUSCH FÜR GENOSSINNEN UND GENOSSEN ZUM THEMA KOMMUNALE FINANZEN

Mittwoch, 08.01.2025 | 19:00 – 20:00 Uhr

Nur Online via Zoom!
Eine kurze vorherige Rückmeldung per Mail an nezahat.baradari@bundestag.de ist erwünscht.
Bitte schaltet beim des Zoom-Raumes eure Kamera ein.

Foto: Phototek

Nezahat Baradari MdB
Mitglied des Fraktionsvorstands

Foto: Phototek

Bernhard Daldrup, MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik

Nezahat Baradari MdB

Formlose Rückmeldung an nezahat.baradari@bundestag.de

Altschulden belasten viele Kommunen im Land und schränken ihre Fähigkeit ein, in die Zukunft zu investieren. Dieses Problem muss in den kommenden Jahren endlich angegangen werden, um die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger landesweit merklich zu verbessern. Welche Ideen es dafür gibt und was genau die SPD vorhat, darüber möchte ich gemeinsam mit meinem Kollegen Bernhard Daldrup, MdB, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, informieren.
Beitritt zum Zoom Meeting (wir bitten um Ihr Verständnis, dass ein Beitreten nur mit Klarnamen und Bild möglich ist: https:/bundestag-de.zoom-x.de/j/61253585291?pwd=Yn3IhiFjmXH9dClyStWNTuzKASmZEb.1
Meeting-ID: 612 5358 5291 Kenncode: 1534671400

2000 Menschen setzen ein Zeichen

Protest gegen Werksschließung in Kreuztal-Eichen

Die geplante Schließung des Thyssenkrupp-Werks in Kreuztal-Eichen sorgt für großen Widerstand. Trotz guter Auslastung und vielfältiger Produktionsbereiche soll das Werk mit 500 Arbeitsplätzen schließen, was nicht nur die Beschäftigten, sondern die gesamte Region vor Herausforderungen stellt. Viele fürchten einen Domino-effekt auf Zulieferer, lokale Geschäfte und Gastronomie.

Mit rund 2000 Menschen zeigte auch ich auf dem „Roten Platz“ in Kreuztal meine Solidarität mit den Mitarbeitenden. Die Demonstrierenden stärkten der Belegschaft den Rücken, mit IG-Metall-Flaggen, Plakaten und Reden.

Begrüßug Berthold Heil

Auch unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sprach vor Ort: „Setzt die Leute nicht vor die Tür – besser Brücken bauen, als zerstören!“ Er kündigte Maßnahmen zur Unterstützung der Stahlindustrie und Kurzarbeitergeld an.

Die Zukunft des Werks bleibt ungewiss. Doch die Botschaft der Bürger und Beschäftigten ist klar:

„Kreuztal muss Stahlstandort bleiben!“

Zusammen mit unserer Landtagsabgeordneten Christin-Marie Stamm, Helmut Renk (Betriebsratsvorsitzender ThyssenKrupp Kreuztal-Eichen) und Landrat Andreas Müller (v. l.)

Nah dran an den Unternehmen in meinem Wahlkreis

Gerne habe ich mich mit Romy Weil, die das Taxi-Unternehmen Rinke in Attendorn seit knapp sechs Jahren führt, über Themen ausgetauscht, die ihr gerade wichtig sind. Da ist die beispielsweise die Kostenerstattung für Patientenfahrten durch Krankenkassen, die überdacht werden müsste. Denn aktuell werden nur pauschale Kilometersätze erstattet und nicht längere Fahrzeiten z. B. wegen der Verkehrsprobleme in Lüdenscheid durch die Vollsperrung der A 45.

In ihrem Betrieb arbeiten sehr viele Menschen mit diversen Nationalitäten, und die Zusammenarbeit im Team klappt prima. Auch aus den Werthmann-Werkstätten werden Mitarbeiter bei ihr eingesetzt.

Mit fast 38 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigt sie, dass frauengeführte Unternehmen sehr erfolgreich sein können und auf Diversität achten.

Ich wünsche ihr weiterhin viel Erfolg!

Einblicke in Innovation und Nachhaltigkeit

Zu Besuch bei Berker in Ottfingen/Wenden

Mit (v.l.): Johannes Hauck (Corporate Affairs Manager), Sven Lübeck (Trainer), Michael Schneider (Plant Manager), MdL Christin-Marie Stamm, Thomas Eich (Production Manager), Hubertus Hüpper (Logistic Manager), Ludger Wurm (Maintenance & Facility Manager), und Reinhard Jung (MdL a. D., Vorsitzender SPD AG 60plus)

Die Hager-Gruppe, zu der das Ottfinger Unternehmen Berker mit Hauptsitz in Wenden gehört, beeindruckt mit globalem Erfolg: 13.000 Mitarbeitende aus 88 Nationen arbeiten an 22 Produktionsstandorten weltweit. Am Standort Ottfingen tragen rund 500 Mitarbeitende mit innovativen und hochwertigen Schalterprogrammen, darunter handgefertigte Manufakturprodukte, zur Erfolgsgeschichte bei.

Im Rahmen eines Besuchs verschaffte ich mir gemeinsam mit Christin-Marie Stamm, MdL, und lokalen SPD-Vertretern wie Reinhard Jung, MdL a. D., einen Einblick in die Produktionsprozesse und Zukunftsprojekte. Besondere Aufmerksamkeit erhielten nachhaltige Initiativen wie der Bau einer Photovoltaikanlage und das neue „Kompetenzzentrum Stanzen“.

Das Unternehmen hob die Bedeutung von qualifizierten Fachkräften und Auszubildenden hervor, um die Herausforderungen der Baubranche zu meistern und die regionale Wirtschaft zu stärken. Die Unterstützung der Bundesregierung für den Industriestrompreis und einen Made-in-Germany-Bonus wurde ausdrücklich begrüßt.

Unser Besuch unterstrich, wie bedeutend mittelständische Unternehmen wie Berker für unsere Region und den globalen Erfolg der Hager-Gruppe sind.

Schulen: Welche Wünsche gibt es vor Ort an die Bundespolitik?

Diese Frage stellte ich im Gymnasium Maria Königin in Altenhundem der Schulleitung und Vertretern des Trägervereins. Und die Antwort kam prompt: Förderprogramme wie den Digitalpakt und das Startchancenpaket verstetigen, damit nicht irgendwann am fehlenden Geld die Ausstattung der Schulklassen beispielsweise mit Tabletts wieder zurückgefahren werden.

In der Zwischenzeit wurde der Digitalpakt 2.0 zwischen dem Bund und den Bundesländern unterzeichnet. Daran wird sich der Bund mit 2,5 Mrd. Euro beteiligen, die gleiche Summe kommt von den Ländern.

Davon würden auch 692 Schülerinnen und Schüler an Maria Königin – derzeit von 60 Lehrkräften unterrichtet – profitieren. Das sind erfreuliche Nachrichten. Sie zeigen, wie konkret sich Bundespolitik vor Ort auswirkt.

Schulleiter Jan Fabian Borys, Stellv Schulleiter Christoph Tebrügge (2.v.r), Vorsitzender Trägerverein Hans Gerd Mummel (l.), Berthold Schleime (r.), ehem. Schulleiter und jetzt Geschäftsführer Trägerverein Maria Königin

Ganz einfache Lösungen gibt es nicht

Rund um die Rückkehr des Wolfes drehte sich alles bei der Veranstaltung in Valbert

Rund um die Rückkehr des Wolfes drehte sich alles bei der Veranstaltung in Valbert, zu der ich kürzlich eingeladen war.

Landwirt Rasmus Berghaus hatte gemeinsam mit Pferdezüchterin Stefanie Dietrich in die Ebbehalle geladen, wo Dr. Michael Weiler zum Thema sprach. Dabei beleuchtete der Veterinär insbesondere die Risiken und Herausforderungen, die die Rückkehr des Wolfes in unsere Region bedeutet. Ein Thema, das bewegt – sowohl die Weidetierhalter, die sich vor Wolfsrissen fürchten, als auch die Naturschützer, die sich für den Erhalt des Wolfes einsetzen. In der Ebbehalle brachten vor allem Landwirte und Tierhalter ihre Sorge zur Sprache, wünschten sich unter anderem mehr Unterstützung bei der Sicherung ihrer Tiere.

Ein durchaus schwieriges Thema: Wie lässt sich der Artenschutz des Wolfes mit der Weidetierhaltung vereinbaren? Zu diesem Thema habe ich bereits im September zu einer Online-Diskussion mit meiner Bundestagskollegin Lina Seitzel eingeladen. Auch da wurde, ebenso wie in der Ebbehalle deutlich: Ganz einfache Lösungen gibt es in diesem Zusammenhang nicht.

Allerdings eine Neuerung auf europäischer Ebene: Der Ausschuss des Europarats senkte am 3. Dezember 2024 den Schutzsstatus des Wolfes herab. Sie gelten damit nicht mehr als „streng geschützt“, sondern nur noch als „geschützt“. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums könnte durch die Absenkung bald ein sogenanntes Bestandsmanagement und die Jagd auf problematische Wölfe einfacher sein. Hier stehen aber noch weitere Schritte in der EU-Gesetzgebung an, bevor diese Regelung in Kraft treten kann.

Die SPD setzt sich weiterhin für ein regional differenziertes Bestandsmanagement ein: Dort, wo der günstige Erhaltungszustand einer Population erreicht ist, muss ein Management der Population vorgenommen werden können. Mir ganz persönlich ist es vor allem wichtig, die Sorgen und Nöte der Weidetierhalter ebenso ernst zu nehmen wie die Argumente der Naturschützer.

Kinderlähmung weltweit bekämpfen

Angenehmer Austausch zwischen ärztlichen Kolleginnen

Foto: Khunatorn_adobeStock/246404634

Ein angenehmer Austausch zwischen ärztlichen Kolleginnen – Frau Dr. Wüst ist Kinderärztin aus Meinerzhagen. Sie hat mich kontaktiert, um über Polioimpfungen zu sprechen. Polio (auch Kinderlähmung genannt) ist eine hoch ansteckende Virusinfektion, die das Nervensystem angreift und zu Lähmungen führen kann.

Heute ist Polio vor allem in Afghanistan und Pakistan verbreitet. Aber auch andernorts, etwa in Afrika, dem Östlichen Mittelmeerraum und Südostasien kommt es immer wieder zu Ausbrüchen. Es ist wichtig, weiter daran zu arbeiten, dass Länder frei von Polio bleiben. Wenn heute alle Bekämpfungsanstrengungen eingestellt werden würden, könnte die Kinderlähmung erneut aufflammen und innerhalb von 10 Jahren jedes Jahr bis zu 200.000 Kinder lähmen.

Fr. Dr. Wüst engagiert sich deshalb im Rotary Club. Um fast 3 Milliarden Kinder in 122 Ländern vor dieser Krankheit zu schützen, haben die Mitglieder mehr als 2,1 Milliarden US-Dollar gespendet und unzählige ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet. Rotarys Engagement hat eine Rolle bei der Entscheidung einiger Regierungen gespielt, mehr als 10 Milliarden US-Dollar beizusteuern.

Sind Eure Impfungen aktuell? Sprecht unbedingt mit Eurem Kinder- bzw. Hausarzt, wenn Ihr Euch nicht sicher seid oder es Unklarheiten gibt. Welche Impfungen Ihr haben solltet, seht ihr im Impfkalender des RKI.

Rund 8,4 Millionen Euro Förderung vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr

Dank dieser Mittel können nun 2.600 Haushalte im Märkischen Kreis endlich mit schnellem Glasfaser-Internet (mindestens 1 Gigabit/s) versorgt werden. Auch für die Unternehmen in unserer wirtschaftsstarken Region ist das eine sehr gute Nachricht!

Die neue Gigabitförderung der Bundesregierung trägt Früchte. Besonders erfreulich: Durch bessere Verhandlungen konnten in diesem Jahr rund 9 Millionen Euro im Vergleich zur ursprünglichen Planung eingespart werden – ein echter Vorteil für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.
Insgesamt werden 855 Kilometer Glasfaser und 360 Kilometer Leerrohr verlegt, um die sogenannten „weißen Flecken" zu schließen. Das Ziel ist klar: Bis 2030 soll jeder Haushalt in Deutschland einen Glasfaseranschluss erhalten!

Neue Wege für Impfungen und Krebstherapien

Informativer Austausch mit BioNTech

Foto: aFotostock/AdobeStock 445991336

Kurz vor Weihnachten traf ich Vertreter der Firma BioNTech, um aktuelle Herausforderungen und Zukunftsperspektiven im Bereich Impfungen und innovativer Krebstherapien zu diskutieren. Das Treffen fand vor dem Hintergrund der anhaltend niedrigen COVID-19-Impfquote in Deutschland statt – ein Thema, das nicht nur für die öffentliche Gesundheit, sondern auch für die gesellschaftliche Resilienz von zentraler Bedeutung ist.

Obwohl Impfstoffe mittlerweile in ausreichender Menge und Vielfalt zur Verfügung stehen, bleibt die Bereitschaft zur Impfung in Teilen der Bevölkerung niedrig. Die Notwendigkeit verstärkter Aufklärungskampagnen und eines niederschwelligen Zugangs zu Impfangeboten wurde im Gespräch hervorgehoben. Klar ist: Wir müssen Falschinformationen entkräften und das Vertrauen in wissenschaftlich fundierte Gesundheitsmaßnahmen zu stärken, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Hier sind die Politik, aber auch die Ärzteschaft sowie alle Akteure in diesem Gesundheitsfeld in der Verantwortung. Es braucht eine breite gesellschaftliche Allianz, das wurde im Gespräch deutlich. Besonders wichtig ist es meiner Erfahrung nach, Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die bisher wenig Zugang zu Gesundheitsinformationen hatten.

Neben der Diskussion über Impfungen stand die Entwicklung neuer Krebstherapien im Fokus. BioNTech präsentierte vielversprechende Fortschritte bei der Anwendung der mRNA-Technologie zur Behandlung von Krebserkrankungen. Diese Technologie, die bereits bei der Entwicklung von COVID-19-Impfstoffen erfolgreich eingesetzt wurde, könnte zukünftig eine Revolution in der Krebstherapie darstellen.

Die mRNA-Technologie bietet die Möglichkeit, personalisierte Therapien zu entwickeln, die auf die individuellen genetischen Merkmale von Tumoren abgestimmt sind. Die Fortschritte in diesem Bereich verdeutlichen die Bedeutung staatlicher Förderung für die Forschung. Solche Innovationen geben vielen Menschen Hoffnung und zeigen, wie wichtig Investitionen in die Wissenschaft sind und wie innovativ der Standort Deutschland ist.

Ich werde mich weiterhin für eine Verbesserung der Impfquote und die Förderung innovativer Therapien einsetzen. Gleichzeitig muss das Gesundheitssystem bezahlbar bleiben. Das Treffen verdeutlichte, wie entscheidend der Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft für die Bewältigung all dieser Herausforderungen ist.

Widerspruchslösung: Gesetzesentwurf wird im Bundestag diskutiert

Foto: H_Ko/AdobeStock 488936775

Es gibt in Deutschland zu wenige Organspender. Dieser Zustand ist unhaltbar. Als Europapolitikerin habe ich einen weiteren Aspekt im Blick: Wir sind auch gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten des Netzwerks Eurotransplant, dass die Verteilung in den Mitgliedsstaaten (Deutschland, Belgien, Kroatien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Ungarn und Slowenien) in der Verantwortung.

Deshalb verstehe ich den fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf 20/13804, der die Einführung einer Widerspruchslösung vorsieht und am 05.12.2024 in erster Lesung im Deutschen Bundestag diskutiert wurde.
In Deutschland regelt das Transplantationsgesetz die Voraussetzungen und Anforderungen für Organ- und Gewebespenden – für Lebendspenden sowie für Spenden nach dem Tod. Aktuell gilt die Entscheidungslösung. Organe und Gewebe dürfen nur dann nach dem Tod entnommen werden, wenn die verstorbene Person dem zu Lebzeiten zugestimmt hat. Liegt keine Entscheidung vor, werden die Angehörigen nach einer Entscheidung gefragt. Damit Menschen bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützt werden, bekommen sie in regelmäßigen Abständen Informationsmaterial zugesandt. Zudem dürfen Spenden nach dem Tod nur bei Feststellung des Hirntods entnommen werden.

Im Ausland gelten andere gesetzliche Regelungen. Weit verbreitet sind die (erweiterte) Zustimmungslösung und die Widerspruchslösung. Die Widerspruchslösung funktioniert so: Hat die verstorbene Person einer Organspende zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen, zum Beispiel in einem Widerspruchsregister, können Organe zur Transplantation entnommen werden. In einigen Ländern haben die Angehörigen das Recht, einer Organentnahme bei der verstorbenen Person zu widersprechen, sollte keine Entscheidung der verstorbenen Person vorliegen. Die Spenderzahlen in Staaten mit Widerspruchslösung sind im Allgemeinen höher als in Staaten mit Zustimmungslösung.

Man darf nicht verschweigen: Es ist unsicher, ob allein die Einführung einer Widerspruchslösung die Probleme lösen wird. In den USA, in denen eine der heutigen deutschen Regelung ähnliche Zustimmungslösung existiert, sind die Spenderzahlen pro Kopf dennoch deutlich höher als hierzulande.

Es ist aktuell nicht wahrscheinlich, dass der Gesetzesentwurf zur Widerspruchslösung noch in der aktuellen Legislaturperiode vom Deutschen Bundestag verabschiedet wird.

Ich glaube, wir brauchen mehr Aufklärung in der Bevölkerung, damit mehr Menschen einen Organspendeausweis haben. Denn jeder von uns kann jeden Tag in die Situation kommen, ein Organ zu benötigen. Das darf aber meines Erachtens nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden werden. Wenn selbst für die Zusendung eines Newsletters nach der Datenschutzgrundverordnung eine Einwilligung vorliegen muss, dann muss das erst recht für die Organspende nach dem Hirntod gelten. Damit ich anderen helfen kann und auch mir geholfen wird, habe ich mich bewusst für einen Organspendeausweis entschieden. Und du? Auf der Internetseite organspende-info.de der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung kannst du den Organspendeausweis online ausfüllen oder kostenfrei bestellen.

Zur Situation der Automobilzulieferer

Insta-Live mit Bernd Westphal, MdB

Die weltweite Autokonjunktur ist im Sinkflug. Der operative Gewinn von Volkswagen, Mercedes-Benz und BMW lag von Juli bis September bei rund 7,1 Milliarden Euro – und brach damit verglichen mit dem dritten Quartal 2023 um annähernd die Hälfte ein. In NRW arbeiten rund 800 Unternehmen mit etwa 200.000 Beschäftigten in der Automotive. Die Rekorde der Nach-Corona-Jahre haben tiefliegende strukturelle Probleme verdeckt, die nun schonungslos zutage treten. So fällt es der deutschen Autoindustrie schwer, im Elektrobereich das Tempo der neuen Angreifer – zum Beispiel aus China – mitzugehen.

Die Werke von VW, BMW und Mercedes waren im Schnitt des vergangenen Jahres nur zu etwas mehr als zwei Dritteln ausgelastet. Die Industrie baut mit hohem Personalaufwand viel weniger Autos als früher. Das macht die Werke unproduktiver.

Das wirkt sich auch auf den Kreis Olpe und den Märkischen Kreis aus. Viele unserer Hidden Champions sind Zulieferer für die Automobilindustrie. Arbeitsplätze sind bedroht. Um diese Sorgen und Strategien für die Zukunft mit Bürgerinnen und Bürger zu diskutieren, habe ich Anfang Dezember meinen Kollegen Bernd Westphal eingeladen, bei Instagram Rede und Antwort zu stehen. Bernd ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und sehr guter Kenner der Autoindustrie.

Im Gespräch wurde deutlich: Der eingeschlagene Transformations- und Wachstumskurs der Bundesregierung ist richtig und setzt wichtige Impulse. Nichtstun wäre mit Blick auf den Klimawandel sehr viel teurer und für die Wirtschaft in Deutschland fatal. Bernd Westphal stellte klar: Ein Ausstieg aus dem Verbrenneraus hilft vor dem Hintergrund der weltweiten Transformation der Autoindustrie niemandem. In den kommenden Jahren wollen wir die deutsche Automobilindustrie bei dieser Transformation weiter unterstützen.

Wir wollen die Netzentgelte stabilisieren und deckeln, um die Energiekosten für Unternehmen planbar und bezahlbar zu halten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die deutschen Automobilhersteller keine weiteren Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO2-Flottengrenzwerten leisten müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen neue Automodelle und Software und die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht. Wir wollen außerdem den Ausbau der Ladeinfrastruktur weiter fördern. Mit Steuererleichterungen wollen wir zudem direkt den Absatz von E-Fahrzeugen fördern. Dabei darf die soziale Komponente nicht vergessen werden: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können.

Deutschland ist ein innovatives Land. Unser Mittelstand ist stark. Auch wenn die Herausforderungen groß sind: Die deutsche Industrie hat schon ganz andere Umwälzungen bewältigt. Sie wird auch diese bewältigen, dessen bin ich mir sicher. Der anregende Austausch hat meinen Glauben noch gestärkt.

MEHR FÜR DICH.
BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

GEGENÜBERSTELLUNG

	DAFÜR STEHT DIE SPD	DAFÜR STEHT DIE MERZ-CDU
Wirtschaft	**10% Made-in-Germany Bonus** gezielt für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland.	**Milliardenschwere Steuergeschenke** mit der Gießkanne.
Investitionen	Ein **Deutschlandfonds,** mit dem wir unser Land renovieren, und eine **Reform der Schuldenbremse**.	**400-Milliarden €-Loch** ohne Gegenfinanzierung. Das heißt weniger für Bildung, Zukunft, Bundeswehr.
Rente	Eine **stabile Rente** für alle Generationen, mit Rentenniveau dauerhaft bei 48% und Rente nach 45 Jahren.	**Kein Konzept** für 48% Rentenniveau und Wackeln bei der Rente nach 45 Jahren.
Mindestlohn	**15 € Mindestlohn** ab 2026 für 7 Millionen Arbeitnehmer*innen.	**Keine Anhebung** des Mindestlohns.
Steuern	Entlastungen für die **95%,** für Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.	Steuersenkung vor allem für das **obere 1 %**, für Spitzenverdiener.
MwSt.	Mehrwertsteuersenkung auf **Lebensmittel**.	Mehrwertsteuersenkungen nur auf **Restaurantbesuche**.
Gesundheit / Pflege	Ein **Deckel für Pflegekosten bei 1.000 €,** der Überforderung verhindert.	Mehr **„Markt“ und „Eigenverantwortung“** bei Gesundheit und Pflege.
Finanzierung	Faire Besteuerung von **Erbschaften, Milliardenvermögen, Kapitaleinkünften**.	**Kürzungen** bei den Arbeitslosen.
Mieten	Unbefristete **Verlängerung der Mietpreisbremse**.	**Keine eindeutige Haltung** zur Zukunft der Mietpreisbremse.
Familien	Moderne und sanierte **Kitas und Schulen mit kostenlosem Mittagessen**.	**Keine Priorität** für Kitas und Schulen im Programm.
Kanzler	Ein Bundeskanzler, der auch in internationalen Krisen einen **kühlen Kopf** bewahrt.	Ein **Hitzkopf** ohne Regierungserfahrung, der mit der Sicherheit Deutschlands spielt.

SPD WÄHLEN!

SPD Soziale Politik für Dich.

SPD-Parteivorstand, Benjamin Köster (V.i.S.d.P.), Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

MEHR FÜR DICH.
BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

ARGUCARD

Hier ist mehr für Deine Familie drin.

Viele Familien haben durch die Pandemie und hohe Inflation schwierige Jahre hinter sich – und kämpfen damit, Erziehung, Beruf und den Alltag unter einen Hut zu bekommen. Wir wollen Familien deshalb stärker unterstützen und setzen bewusst einen Schwerpunkt.

Wir stärken Familien.

1. Wir investieren mehr in **verlässliche Kitas und Schulen** und bieten allen Kindern **gesunde und kostenlose Mittagessen** an.

2. **Elternzeit und Elterngeld**: Beide Eltern sollen je 6 Monate Elterngeld nutzen können, die nicht übertragbar sind. Weitere 6 Monate können sie flexibel aufteilen. Insgesamt gibt es dann 18 Monate Elterngeld statt bisher 14.

3. **Steuerentlastung**: Wir senken die Steuern auf Löhne und Lebensmittel. Von unserem Modell profitieren Familien mit geringen und mittleren Einkommen am stärksten.

4. **Pflegedeckel:** Wir deckeln den Eigenanteil bei der Pflege auf 1.000 Euro. Das entlastet viele Familien konkret.

Und was ist bei der Union drin?

Keine spürbare Entlastung für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Keine Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel. Und ein 400 Milliarden Finanzloch. Das heißt: weniger für Kitas und Schulen. Weniger für Bildung.

SPD.DE

MEHR FÜR DICH.
BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

ARGUCARD

Hier ist mehr Netto für Dich drin.

Wenn Arbeit sich lohnt, Löhne und Renten mit den Preisen Schritt halten und Mieten bezahlbar bleiben, profitieren alle. Das stärkt Zusammenhalt und Kaufkraft und sorgt für Stabilität in unsicheren Zeiten. Gerechtigkeit bei Steuern und Abgaben ist der Schlüssel für ein starkes, solidarisches Deutschland.

Entlastungen für ein bezahlbares Leben.

1. Wir entlasten **95 Prozent**. Spitzenverdienende und große Vermögen leisten einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl. Familien mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren am stärksten.
2. 2026 soll der **Mindestlohn** auf 15 Euro steigen, damit Arbeit sich lohnt und Menschen von ihrer Arbeit leben können. Das Tariftreuegesetz muss kommen.
3. Wir machen **Grundnahrungsmittel günstiger**, indem wir die Mehrwertsteuer von 7 auf 5 Prozent senken.
4. Die **Mietpreisbremse** bleibt dauerhaft. Wo der Markt angespannt ist, begrenzen wir Kurzzeitvermietungen, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Und was ist bei der Union drin?

Die CDU will den Solidaritätszuschlag für Spitzenverdienende abschaffen, legt aber keine Gegenfinanzierung vor. Sie lehnt eine Mindestlohnerhöhung ab und bleibt vage bei der Mietpreisbremse – klare Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen fehlen.

MEHR FÜR DICH.
BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

ARGUCARD

Hier sind stabile Renten für Dich drin.

Im Alter gut abgesichert sein – das ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung. Vor allem die junge Generation muss darauf vertrauen können, dass dieses Versprechen auch für sie noch gilt.

Stabile Renten gibt es nur mit der SPD.

1. Wir stabilisieren das **Rentenniveau**: Wir garantieren langfristig 48 Prozent, damit Renten auch in Zukunft mit der Lohnentwicklung Schritt halten und nicht von der Inflation aufgefressen werden. Der Gesetzentwurf ist fertig und kann innerhalb von 100 Tagen verabschiedet werden.
2. Wir stärken **Betriebsrenten**: Anreize für mehr Angebote, vor allem an Menschen mit niedrigen Einkommen.
3. Wir lehnen eine Anhebung der Regelaltersgrenze ab. Auch die **Rente nach 45 Beitragsjahren bleibt**: Rentenkürzungen durch die Hintertür gibt es mit der SPD nicht.

Und was ist bei der Union drin?

Die Rente nach 45 Beitragsjahren will die Union möglichst bald abschaffen – und wackelt in ihrem Grundsatzprogramm auch beim Renteneintrittsalter. Zur Stabilisierung des Rentenniveaus hat sie kein Konzept. So stürzt das Rentenniveau für die Bürgerinnen und Bürger absehbar ab. Das ist eine Rentenkürzung durch Unterlassen.

MEHR FÜR DICH.
BESSER FÜR DEUTSCHLAND.

ARGUCARD

Hier ist mehr Wachstum für Dich drin.

Unsere Wirtschaft muss wieder wachsen – aber der Aufschwung muss bei allen ankommen. Dafür braucht es die richtigen Investitionen in Bildung, Innovation, Digitalisierung und Infrastruktur.

Wirtschaft muss für alle gut sein.

1. Wir wollen 10 Prozent **Made-in-Germany-Bonus** für Investitionen in Deutschland, und kämpfen um jeden Arbeitsplatz.
2. Mit dem **Deutschlandfonds** investieren wir massiv in die Erneuerung unseres Landes. Dafür reformieren wir auch die Schuldenbremse.
3. Wir senken die Stromkosten, indem wir Netzentgelte deckeln.
4. Wir bauen **Bürokratie** weiter ab und beschleunigen Planungsverfahren.

Und was ist bei der Union drin?

Milliardenschwere Steuersenkungen mit der Gießkanne – auch für internationale Großkonzerne, die gar keine Entlastung brauchen. Weil sie an der starren Schuldenbremse festhält, hat die Union keinen Vorschlag zur Finanzierung ihrer teuren Vorschläge.